

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. für Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland 3.00. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verordnungen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Nr. 78.

Dresden, Donnerstag den 7. April 1910.

21. Jahrg.

## Brotwucher mit Einfuhrscheinen.

Die von der Reichsregierung auf Verlangen des Reichslandwirtschaftlichen Ausschusses herausgegebene Denkschrift über den Umfang und die Ausfertigung von Einfuhrscheinen für ausländische Getreide bringt die offizielle Bestätigung, daß mit den Einfuhrscheinen von den ausländischen Agrariern der schamloseste Wucher getrieben wird! So sehr sich auch die Regierung bemüht, diese Tatsache zu verschleiern und zu beschönigen, bestreiten kann sie nicht. Aber die Regierung hat den traurigen Mut, diesen Wucher zu verteidigen.

Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über den Getreidehandel nach dem Auslande werden für die Einfuhr von Getreide nach dem Auslande sogenannte Einfuhrscheine ausgestellt, d. h. Befreiungsbefreiungen, aus denen ersichtlich ist, wieviel Getreide einer etwaigen Einfuhr der gleichen Getreideart hätte bezahlt werden müssen. Mit diesen Scheinen kann man den Zoll in gleicher Höhe des Betrages für jedes Getreide, aber auch für Kaffee und Petroleum begleichen. Man kann also z. B. Roggen ausführen und mit zollfrei Weizen, Gerste oder auch Kaffee oder Petroleum einführen.

Diese Maßregel sollte dazu dienen, den Durchgang des Getreides nach dem Auslande zu erleichtern und die Einfuhr von fremdem Getreide durch Deutschland und die Einfuhr des Getreides zur Erzielung besserer Sorten zu erleichtern. Teuflische Getreidehändler versorgen z. B. auch den großen Teil der Schweiz mit amerikanischem Getreide. Es ist selbstverständlich, daß für das Getreide, das nur den Durchgang bestimmt ist, kein Zoll bezahlt werde. Auch wenn die Getreidehändler, daß mehr Getreide eingeführt werden müsse, als Deutschland gebrauche, weil erst mit der Einfuhr von fremdem Getreide das deutsche den modernen Anforderungen entspreche, der durch die Mischung erzielte Ueberfluß müsse an das Ausland abgegeben werden. Die großen Getreidehändler aber sagen ferner, daß nur durch den Wucher nach dem Auslande ihre Betriebe möglich seien. Der Wucher nach dem Auslande wäre natürlich unmöglich, wenn bezahlte Zoll nicht rückvergütet würde. Dies geschah aber in der Weise, daß bei der Ausfuhr von Getreide der Exporteur nachweislich geführt, d. h. nachgewiesen werden mußte, daß das ausgeführte Getreide zuvor eingeführt worden war. Die großen Händler verlangten dann, daß für Transittäger der Identitätsnachweis weggelassen solle, daß in den Transittägern für den Handel bestimmte Getreide ganz selbstverständlich eingeführt Getreide und die Einfuhr sehr einfach sei. Die kleinen Händler sahen darin eine Begünstigung der Großhändler, wenn nur für die Einfuhr der Identitätsnachweis weggelassen werde. Nun kam die ostpreussische Junker, daß aus dieser Bewegung eine Befreiung des Identitätsnachweises für sie ein Vorteil erwachsen könne, und auf Drängen und mit Hilfe der Junker wurde im Jahre 1894 der Identitätsnachweis beseitigt, gleichzeitig aber auch dem Bundesrat die Verpflichtung auferlegt, die Verwertung der Einfuhrscheine auch bei der Einfuhr nicht nur aller Sorten von Getreide, sondern auch von anderen Waren zuzulassen. Aus einer selbstverständlichen Einrichtung, die den Durchgangsverkehr für fremdes Getreide ermöglichen sollte, ist so mit der Zeit eine agrarische Maßregel zur Verzeigerung des Getreides geworden.

Dies wird von der Denkschrift ausdrücklich bestätigt. Die Verwertung des Identitätsnachweises gerichteten Verhältnissen, sagt die Denkschrift, sei „bei der Landwirtschaft in Deutschland mehr und mehr fehlend... weil sie von ihrem ursprünglichen Zweck eine Steigerung der Preise erwartete“. Die verschiedenen Regierungen hätten dem Reichstage ja auch erst dann einen entsprechenden Entwurf vorgelegt, als die Maßregel als geeignet erkannten, der Vindictung der Landwirte der Landwirtschaft des Ostens... zu dienen“. Daß die deutsche Regierung mit der „Kollage der Landwirtschaft des Ostens“ das Fortkommen der Junker meint, braucht nicht besonders gesagt zu werden, das ist selbstverständlich. Das gegenwärtige System der Einfuhrscheine hat die ausgesprochenen Maßnahmen den Junker, die Getreidepreise zu senken und den ostpreussischen Junkern die Taschen zu füllen.

Solange die jetzigen Zölle noch nicht in Kraft waren, hat das Geschäft nicht so rentabel gewesen zu sein, daß es besonders stark entwickelt konnte. Aber unter dem neuen System haben sich die Einfuhrscheine als ein sehr wirksames Mittel erwiesen, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben und noch nebenbei ein glänzendes Geschäft zu machen. Die ostpreussischen Agrarier verkaufen ihr Getreide nun nach dem Weltmarktpreis und erhalten dafür den Weltmarktpreis und vom Reichslandwirtschaftlichen Ausschusse, aus der Tasche der Steuerzahler und Konsumenten, noch den Zollbetrag in voller Höhe rückvergütet.

Einleuchtend entziehen die Grundbesitzer auf diese Weise dem deutschen Markt das Angebot und treiben somit die Getreidepreise nach besonders in die Höhe. Heute wird bereits mehr Weizen und Roggen aus Deutschland ausgeführt als eingeführt. Die deutsche Landwirtschaft nicht einmal den Bedarf zu decken. Im Jahre 1907 war die Ausfuhr von Hafer 12 124 Tonnen im Zollwerte von 1 006 300 M., im Jahre 1908 um 102 931 Tonnen im Zollwerte von 9 646 550 M., im Jahre 1907/08 um 223 332 Tonnen im Zollwerte von

11 166 600 M. höher als die Einfuhr. Ebenso ist es mit dem Roggen, mit dem deutschen Brotgetreide. Im Jahre 1908 wurden 246 739 Tonnen, im Jahre 1909 bereits 380 690 Tonnen Roggen mehr ausgeführt als eingeführt, während in Deutschland selbst die Brotpreise ins Unerschwingliche stiegen bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit Hunderttausender von Proletariern. Für das erste Jahr 1908/09 ergibt sich eine Mehrausfuhr von Roggen von 509 547 Tonnen im Zollwerte von 20 977 350 M.

Wie das Geschäft der Agrarier bei diesem Handel zustande kommt, haben wir bereits gesagt. Wer eine Tonne Hafer gegen Einfuhrscheine ausführt, ist in der Lage, für die Verminderung seiner Vorräte an Futter durch zollfreie Einfuhr einer Tonne Futtergerste annähernd Ersatz zu schaffen und kann außerdem noch Getreide, Kaffee oder Petroleum im Zollwerte von 37 M. zollfrei einführen. So sagt die Denkschrift, die auch zugibt, daß durch diese Entwicklung der Ausfuhr die Zolllast „nicht unbeträchtliche Einbußen erleiden“ habe. Die Einbuße durch den Zollausschlag, der durch die Mehrausfuhr von Roggen entsteht, hält die Denkschrift allerdings durch die Mehreinfuhr von Weizen für ausgeglichen. Dies trifft aber gar nicht zu. Die Mehreinfuhr von Weizen ist mit der Entwicklung Deutschlands ganz selbstverständlich verknüpft, sie ist notwendig, um den zunehmenden Bedarf zu decken. Der Ausschlag an Zoll ist zweifellos dadurch entstanden, daß Deutschland weniger Brotgetreide infolge der Wahnsinnigkeit in die Höhe getriebenen Preise konsumierte, als es seiner Entwicklung entsprach. Der „Ausfall“ an Zoll ist ja auch nicht dadurch entstanden, daß ausländisches Getreide unbezollt hereinkam, sondern dadurch, daß den deutschen Agrariern für inländisches Getreide, das sie dem deutschen Markte und somit dem Konsum in Deutschland entzogen haben, ein Geschenk, eine Lebersteine, aus der Reichskasse gewährt wird. Ist es nicht Wahnsinn, ist es nicht ein Verbrechen am Volke, eine Ausfuhrprämie für Brotgetreide zu bezahlen, in einem Lande, das nicht einmal den eigenen Bedarf selbst decken kann und auf die Einfuhr angewiesen ist?

Und die Regierung erklärt in ihrer Denkschrift, dieser Brotwucher sei vollständig in Ordnung und sie habe keine Veranlassung, eine Änderung vorzunehmen! „Der Weltmarktpreis wäre“, sagt die Denkschrift, „abgesehen von den durch die Verendung entstehenden Kosten, für die Preisbildung im Inlande allein maßgebend, wenn Getreidebezölle bei uns nicht beständen. Sieht man als Zweck der Einfuhr und Erhöhung von Schutzzöllen für Getreide an, die inländische Getreideerzeugung durch Gewährleistung höherer Preise zu fördern, so kann dieser Zweck nur als erreicht betrachtet werden, wenn der inländische Preis sich neben den Verendungskosten zusammensetzt aus dem Weltmarktpreis und dem deutschen Zolle.“ Im Westen und im Süden Deutschlands erreichen der Getreidepreis auch diese Höhe. Aber im Osten, im Zentrum der Getreideproduktion, sei der Getreidepreis stets etwas niedriger gewesen als in Mannheim. Und damit die ostpreussischen Agrarier für ihr minderwertiges Getreide — das in Süd- und Westdeutschland nicht beliebt sei — denselben Preis erzielen können, der in Mannheim für amerikanisches Getreide — Weltmarktpreis, Zoll, Transportkosten — bezahlt werde — das sei das System der Einfuhrscheine da. Und die Wucherpreise werden den ostpreussischen Agrariern damit auch garantiert für die Zeiten der höchsten Ernte. Außerdem machen sie noch das Geschäft, daß sie den Hafer ausführen, die hohen Zollvergütungen als eine Prämie einziehen und anderes Futter verwenden. An die Wieder-einführung des Identitätsnachweises, wie es die Sozialdemokraten im Reichstage verlangt haben, sei daher nicht zu denken. Der deutsche Getreidebau ist also nicht dazu da, das deutsche Volk mit Brot zu versorgen, sondern den Junkern hohe Profite zu verschaffen, und die Regierung ist nicht dazu da, die Interessen des Volkes, der Konsumenten und Steuerzahler, zu wahren, sondern die Taschen der ostpreussischen Junker zu füllen. Das ist es, was aus der Denkschrift zu entnehmen ist und was sich hoffentlich das deutsche Volk merken wird!

## Das Haus der Edlen und Erlauchten.

Die Kreuzzeitung hat zwar die Aufforderung an die Nationalliberalen ergehen lassen, sie sollten noch vor der Uebergabe der Wahlrechtsvorlage an das Herrenhaus für die am 12. April angelegte nochmalige Abstimmung im Abgeordnetenhaus ihre Einigung mit dem blau-schwarzen Block herbeiführen, aber es hat den Anschein, als ob bis zum 12. April eine Änderung der bisherigen Konstellation der bürgerlichen Parteien nicht zu erwarten ist. Dann wird also das Herrenhaus am 15. April das elende Madonnenbild der Abgeordnetenhausmajorität in Beratung nehmen und es wird die Frage sein, ob das Haus der Edlen und Erlauchten eine Formel zu finden, die schließlich Zentrum und Konservative und Nationalliberale zusammenfuppelt.

Das Haus der Edlen und Erlauchten wird sich kaum darauf beschränken, die Beschlüsse einfach zu bestätigen, die der schwarze Block in der zweiten Kammer gefaßt hat. Denn nicht nur sind die edlen Lords Osteliens Herrschaften von eigenwilliger Natur, sondern die maßgebenden Parteien des

Abgeordnetenhauses selbst wünschen offenbar, daß das Herrenhaus gegenüber der Wahlrechtsvorlage einen eigenen Willen betätigen möge und den total verfahrenen Karren aus dem Sumpfe zieht. In Uebereinstimmung mit andern durchaus glaubwürdig klingenden Nachrichten meldet jetzt die Tägliche Rundschau:

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß im Abgeordnetenhaus in den nächsten Tagen schwerlich Verhandlungen angeknüpft werden dürften, um die Vorlage nach den Wünschen der Mittelparteien umzuändern. Man will den Vermittlungsversuch dem Herrenhause überlassen.

Das preussische Abgeordnetenhaus, vertreten durch seine schwarze Blockmehrheit, erklärt sich selber für unfähig, eine brauchbare und vernünftige Vorlage zustande zu bringen und dankt als geschlagene Körperschaft zugunsten des Herrenhauses ab. Die gewählten „Volksvertreter“ von Dreiflassengraden sind am Ende ihres Laieins, nun soll die höhere Weisheit der Geborenen das Richtige finden. Obgleich die Parteien des schwarzen Blocks ganz genau wissen und in ihrer Preise zugeben, daß ihre Beschlüsse der dritten Lesung in hohem Grade abänderungsbedürftig sind, wollen sie diese Beschlüsse am 12. April nochmals bestätigen und alle Abänderungsanträge, die dann von anderer Seite kommen, unbeeideten ablehnen. Das ist eine Geistesmacherei wider besseres Wissen. Konservativ und Zentrum wollen etwas beschließen, von dem sie selbst gar nicht wollen, daß es als endgültig betrachtet werden soll.

Was aber das Haus der Edlen und Erlauchten dann aus der Vorlage machen wird, das vermag noch niemand zu sagen. Entweder wird man versuchen, etwas hineinzu bringen, wodurch die verratsbegierigen Nationalliberalen geldert werden, oder man kehrt wieder mehr zu den ursprünglichen Anschauungen in der Regierungsvorlage zurück oder aber man schließt sich doch, weil man auch keinen besseren Ausweg aus der verfahrenen Geschichte findet, den Beschlüssen des schwarzen Blocks an. Das alles ist noch ganz ungewiß. Gewiß ist nur, daß die sogenannte „Regierung“ des Herrn v. Bethmann-Hollweg dabei ganz und gar nichts zu sagen hat!

Der rücksichtslose feindliche Faktor im preussischen Staate wird die Entscheidung über die Grundrechte des Volkes haben. Das kennzeichnet den ganzen unendlichen Jammer der preussisch-deutschen Verfassungszustände.

Die Arbeiterklasse wird aus alledem Lehre und Verheeren ziehen. Nichts kann die Erkenntnis unserer Verhältnisse mehr in die Köpfe pflanzen als diese Vorgänge, nichts kann die Erbitterung über diese brutale Ausnutzung der Macht durch die Herrschenden mehr schüren. In derselben Stunde, da die preussische Reaktion vermeint, den Haub des neuen Wahlrechts in Sicherheit zu bringen, wird der Jörn über diese Anmaßungen immer weitere Kreise ergreifen und neue Kämpfe werden beginnen!

Neue sozialdemokratische Protestversammlungen. Berlin, 6. April. Aus Anlaß der neuen behördlichen Verfügung, die die Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel im Humboldthain untersagt hat, sind für den kommenden Sonntag große sozialdemokratische Versammlungen geplant.

## Ein Einigungsversuch. Zur Bauarbeiterbewegung.

Das Berliner Tageblatt meldet: „Wie wir hören, hat die Regierung Beschlüssen, der Aufforderung, die von verschiedenen Seiten an sie ergangen ist, nachzukommen und einen Vermittlungsversuch zu unternehmen. Am Freitag wird im Reichsamt des Innern eine Konferenz stattfinden, zu der die autorisierten Vertreter der streikenden Parteien eingeladen worden sind. Nach unseren Informationen ist nicht viel Aussicht dazu vorhanden, daß sich, soweit Rheinland-Westfalen in Betracht kommt, in letzter Stunde noch eine Einigung erzielen lassen wird. Dagegen erscheint in Berlin der Versuch, eine solche Einigung herbeizuführen, weniger aussichtslos.“

Es ist sehr, sehr spät, daß sich die Regierung auf ihre Aufgabe besinnt, den großen allgemeinen Schaden, den die Brutalität des Bauunternehmertums über die gesamte deutsche Volkswirtschaft heraufbeschwören im Begriffe steht, vielleicht doch noch abzumenden.

Die Regierung selbst hat durch ihre stets arbeitereindliche Haltung erst die Unternehmer zu ihrem provokatörichen Verhalten verleitet. Man denke an das Verhalten der Behörden im Ransfelder Bergarbeiterstreik! Ist es da ein Wunder, wenn das Unternehmertum in anderen Verufen, falls es in Kämpfe mit den Arbeitern gerät, jeder Hilfe der Behörden sich sicher glaubt?

Die Situation ist jetzt aufs äußerste gespannt, die Forderungen der Unternehmer sind derartig einseitig, daß eine Grundlage zu Einigungsverhandlungen nur sehr schwer gefunden werden kann. Immerhin haben sich die Arbeiterorganisationen zu Einigungsverhandlungen bereit erklärt und es wird nun darauf ankommen, ob die vom Reichsamt des Innern mit den Verhandlungen betrauten Persönlichkeiten